

NDR Info Das Forum

14.12.2013 /19.20-19.50 Uhr

STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN

15.12.2013 /12.30-13.00 Uhr

Andreas Flocken

E-Mail: streitkraefte@ndr.de

www.ndr.de/info

Inhalt:

- Große Koalition – Zweckbündnis auf Kosten der Bundeswehr?
- Französische Rafale-Kampfflugzeuge für Indien? Rüstungsdeal in der Warteschleife
- Zu hohe Erwartungen? Vor dem EU-Gipfel zur Verteidigungspolitik
Interview mit Christian Mölling, Stiftung Wissenschaft und Politik

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Heute mit einer neuen Ausgabe der Sendereihe Streitkräfte und Strategien, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Diesmal haben wir folgende Themen für Sie vorbereitet:

- Große Koalition – Zweckbündnis auf Kosten der Bundeswehr?
- Französische Rafale-Kampfflugzeuge für Indien? Rüstungsdeal in der Warteschleife. Und:
- Zu hohe Erwartungen? Vor dem EU-Sondergipfel zur Verteidigungspolitik. Hierzu ein Interview.

Knapp drei Monate nach der Bundestagswahl sind die Weichen für die Große Koalition jetzt gestellt. Die SPD-Mitglieder haben über den Koalitionsvertrag abgestimmt. In der kommenden Woche tritt der Bundestag zusammen, um Angela Merkel zur Bundeskanzlerin zu wählen. Doch welche Folgen hat die schwarz-rote Koalition für die Sicherheitspolitik, und insbesondere für die Bundeswehr? Vor allem bei den Streitkräften gibt es trotz des Koalitionsvertrages weiterhin viele offene Fragen. Hören Sie Otfried Nassauer:

Manuskript Otfried Nassauer

Koalitionsverträge haben eine Ähnlichkeit mit manchen Eheverträgen. Sie können ein Zweckbündnis besiegeln. Eine Zugewinnngemeinschaft, die von Anfang an als zeitlich begrenzt betrachtet wird. Der Vertrag soll dann potenzielle künftige Konflikte der Partner regulieren und zugleich Ziele festschreiben, von denen beide etwas haben.

Der Koalitionsvertrag, den CDU/CSU und SPD für die kommenden vier Jahre ausgearbeitet haben, ist so ein Zweckbündnis. Zumindest im Bereich der Sicherheitspolitik. Verantwortlich zeichnen vor allem zwei Politiker – jeder für seinen Zuständigkeitsbereich: Thomas de Maizière für die Verteidigung und Frank-Walter Steinmeier für die Außenpolitik. Beide waren Verhandlungsführer ihrer Parteien in der Arbeitsgruppe Außenpolitik und Verteidigung. Jeder hat dem anderen nur da in dessen Entwurf hineingeredet, wo eine Schmerzgrenze von SPD oder Union überschritten wurde oder wichtige Wahlversprechen betroffen waren. Schon dieses Verfahren garantierte eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass beide Partner mit dem Ergebnis zufrieden sein würden. So war es denn auch. Frank-Walter Steinmeier für die SPD:

O-Ton Steinmeier:

„Die Gespräche waren mitunter nicht einfach, aber ich darf sagen, sehr kollegial geführt, sehr an der Sache orientiert und das ist, glaube ich, der Grund, weshalb wir zu Ergebnissen gekommen sind, und, wie ich finde, guten Ergebnissen gekommen sind, von denen ich überzeugt bin, dass die Mehrheit der SPD-Mitglieder sie am Ende tragen können und tragen werden.“

Und Thomas de Maizière für die CDU:

O-Ton de Maizière:

„Die Neuausrichtung der Bundeswehr wird konsequent fortgesetzt. Die Bundeswehr braucht Planungssicherheit. An den getroffenen Entscheidungen halten wir grundsätzlich fest. Im Rahmen der ohnehin vorgesehenen Evaluierung im nächsten Jahr wird nachgesteuert, wo sich Änderungsbedarf ergibt.“

Herausgekommen ist zu erheblichen Teilen eine Addition der jeweiligen Wünsche. Die Koalitionäre versuchen sich bei Streitkräfteplanung und Bundeswehrreform an einer Quadratur des Kreises: Die Grundzüge sollen erhalten bleiben,

in Einzelfragen kann nachgesteuert werden. Da wird zum einen der Personalumfang der Bundeswehr mit markigen Worten festgeschrieben – Zitat:

Zitat Koalitionsvertrag:

„Der festgelegte militärische Personalumfang von bis zu 185.000 Soldatinnen und Soldaten entspricht dem Bedarf einer leistungsfähigen, aufgaben- und ein-satzorientierten Bundeswehr (...) Eine weitere Reduzierung des Personalumfangs der Bundeswehr ist keine Perspektive.“

Gleichzeitig soll es bei der mittelfristigen Finanzplanung bleiben. Mehr Geld gibt es also nicht. Zitat:

Zitat Koalitionsvertrag:

„Die bestehende mittelfristige Finanzplanung bildet dafür die Grundlage.“

Zugleich werden aber Mehrausgaben ins Auge gefasst, die bislang nicht Gegenstand der Haushaltsplanung waren: Die Zahl der Zivilbeschäftigten soll noch einmal überprüft und die Zielgröße von 55.000 bei Bedarf angepasst – also nach oben korrigiert werden. Die Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr soll durch verschiedene Maßnahmen erhöht werden. Der im vergangenen Monat ausgeschiedene Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Ulrich Kirsch, freute sich kürzlich im Deutschlandfunk:

O-Ton Kirsch:

„Also diese Koalitionsvereinbarung beinhaltet eine Menge unserer Forderungen als Berufsverband. (...) Das steht jetzt so drin und das ist berücksichtigt. Ich denke, da können wir aus den sozialen Gesichtspunkten, die so ein Berufsverband wie der unsrige natürlich immer ganz nach vorne stellt, schon ganz zufrieden mit sein. Das heißt, wir haben unsere Argumente offensichtlich auch so scharf weitergegeben, dass das angenommen werden konnte.“

Das wird nicht billig. Und auch andere Zusagen werden Geld kosten: So soll die Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer wehrtechnischer Betriebe durch höhere Ausgaben für Forschung und Entwicklung gestärkt werden.

Offen bleibt, woher dieses Geld in den nächsten vier Jahren kommen soll, wenn es bei der bisherigen Finanzplanung bleibt. Natürlich kann man immer auf künftige Minderausgaben hoffen: Der Abzug aus Afghanistan senkt die Kosten für die Auslandseinsätze. Aber zunächst kostet er Geld. Richtig ist

auch: Die Ausgaben für den technisch noch nicht ausgereiften neuen Schützenpanzer Puma werden später anfallen, weil er anders als eigentlich geplant, kürzlich von der Bundeswehr nicht abgenommen worden ist. Ähnliches gilt für Groß-Drohnen, die derzeit noch nicht zugelassen werden können. Auch die Auslieferung des neuen Transportflugzeugs A400M wird sich noch einmal verzögern. Aufgeschoben heißt aber nicht, dass diese Kosten aufgehoben sind.

So mancher Einsparung stehen zudem noch nicht eingeplante Mehrkosten gegenüber: Das teuerste Beispiel ist der Eurofighter. Die große Koalition muss im kommenden Jahr entscheiden, ob sie die letzten 37 der ursprünglich geplanten 180 Flugzeuge noch beschafft und dafür die ältesten bereits ausgelieferten Flugzeuge dieses Typs weiterverkauft. Weil der Eurofighter viel teurer wurde als geplant, kostet die weitere Eurofighter-Beschaffung etliche Milliarden, die bisher im Haushalt nicht eingeplant sind. Einnahmen aus dem Verkauf älterer Flugzeuge könnten dagegen ein frommer Wunsch bleiben, wenn sich kein Käufer findet. Im Koalitionsvertrag findet sich zu diesem Problemkomplex nichts. Die Rüstungsplanung wird mit wenigen allgemeinen Worten abgehandelt – Zitat:

Zitat Koalitionsvertrag:

„Unsere Soldatinnen und Soldaten brauchen die bestmögliche Ausrüstung. Dabei steht ihre Sicherheit im Mittelpunkt. Die Bundeswehr beschafft, was sie braucht und nicht, was ihr angeboten wird.“

Das klingt gut und ist eigentlich selbstverständlich. Das gilt auch für den folgenden Satz:

Zitat Koalitionsvertrag:

„Der Staat kann erwarten, dass bestellte militärische Ausrüstungsgüter vertragsgerecht, pünktlich und unter Einhaltung der verabredeten Preise und Qualität geliefert werden.“

Eigentlich eine Binse. Jedoch nicht bei der Bundeswehr. Angesichts der Beschaffungswirklichkeit fällt es schwer, beim Lesen solcher Sätze nicht am eigenen Lachen zu ersticken. Sie haben einfach zu viel Chuzpe. Wenn es hart auf hart kommt, so wie jetzt bei der Restrukturierung des europäischen Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS, dürften andere Aussagen des Koalitionsvertrages ernst genommen werden. Dort heißt es auch - Zitat:

Zitat Koalitionsvertrag:

„Deutschland hat ein elementares Interesse an einer innovativen, leistungs- und wettbewerbsfähigen nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.“

Bei der Entscheidung zur Zukunft des Eurofighters geht es um mehr Geld als bei allen anderen Vorhaben, die angesprochen werden. Im Koalitionsvertrag wird aber so getan, als gäbe es dieses Problem nicht. Damit wird diese wichtige Frage der tagespolitischen Taktik, den Lobbygesprächen in Hinterzimmern und den aktuellen sogenannten Sachzwängen überlassen. Bekannt ist, dass die Luftwaffe die neuen Flugzeuge gerne hätte. Bekannt ist auch, dass der Eurofighter im bayrischen Manching gebaut wird, einem Standort bei dem EADS den Rotstift ansetzen könnte.

Umgekehrt gibt es folgendes Problem: Werden die zusätzlichen Flugzeuge bestellt, so durchstößt die Rüstungsplanung der Bundeswehr mit ihrem Helm die finanzielle Decke, unter der sie traditionell hängt. Die schönen Versprechen des Koalitionsvertrages könnten dann nur eingelöst werden, wenn es wieder einmal deutlich mehr Geld geben würde als bisher vorgesehen. Politische Zwecke und Zugewinngemeinschaften kosten etwas – bezahlen muss sie der Steuerzahler.

* * *

Flocken:

Soweit Otfried Nassauer.

In Europa haben die Rüstungsunternehmen zurzeit einen schweren Stand. Überall werden die Streitkräfte reduziert, im Verteidigungsbereich wird kräftig gespart. Die Folge: Die fetten Jahre für die Rüstungsbranche sind vorbei. Auch deshalb hat der EADS-Konzern in dieser Woche den Abbau von mehr als 5.000 Arbeitsplätzen angekündigt.

Gleichzeitig suchen Rüstungsunternehmen seit längerem das Heil im Export. Vor allem in Asien steigen die Verteidigungsausgaben. Dort wollen viele Länder ihre Streitkräfte modernisieren. Das gilt auch für Indien. Das Land will

neue Kampfflugzeuge beschaffen. Ein Riesengeschäft. Vor zwei Jahren machten sich gleich drei europäische Anbieter gegenseitig Konkurrenz. EADS hatte sich große Hoffnungen gemacht, den Eurofighter nach Indien zu verkaufen. Das Kampfflugzeug hatte es zwar bis in die Endausscheidung geschafft – die Inder entschieden sich damals dann aber für den Kauf von 126 Rafale-Kampffjets aus Frankreich. Doch die Folgeverhandlungen haben sich schwieriger gestaltet als zunächst gedacht. Offiziell ist der Rafale-Waffendeal noch immer nicht unter Dach und Fach. Möglicherweise scheitert das Milliarden-geschäft sogar. Unser Korrespondent Jürgen Webermann zu den Hintergründen - er beginnt mit einem Blick zurück:

Manuskript Jürgen Webermann

O-Ton Nachrichten:

„The French Rafale will be India’s next fighter aircraft. After a competition that has twisted and turned and drama and intrigue for years, it is finally over, with the iconic French fighter jet on course to win the holy grail of modern aerospace deals...”

Es war die Nachricht, auf die die indischen Medien seit langem gewartet haben: Das Verteidigungsministerium und die indische Luftwaffe wollen mit der französischen Firma Dassault über das größte Rüstungsgeschäft in der Geschichte des Landes verhandeln – 126 neue Kampffjets, Typ Rafale, ein Umfang von zehn bis 15 Milliarden Euro. Es schien, als sei das Geschäft beschlossene Sache. Die Verhandlungen nur noch eine Formalie. Luftwaffen-Veteranen wie Marschall PS Ahluwalia zeigten sich begeistert von der anscheinend klaren Linie Indiens:

O-Ton PS Ahluwalia (overvoice):

„Zweifelsohne, die Luftwaffe nutzt das Flugzeug, die Luftwaffe hat dieses Modell gewählt. Und ganz offensichtlich ist das die richtige Wahl, was das künftige Kampfpotenzial angeht, und es gibt keinen Grund, an dieser Wahl zu zweifeln.“

Äußerungen wie diese liegen inzwischen lange zurück, sie stammen aus dem Januar 2012.

O-Ton Nachrichten:

„French President Francois Hollande is in India, topping the agenda for the French president’s two-day visit is the meeting with Prime Minister Manmohan

Singh. Defense deals including the Rafale fighter jet is expected to top the agenda...”

Das letzte Lebenszeichen dann zu Beginn dieses Jahres, während des Staatsbesuchs von Frankreichs Präsident Hollande in Indien. Aber Spekulationen, dass Hollande und Indiens Premier Manmohan Singh das Milliardengeschäft endgültig auf den Weg bringen würden, bestätigten sich nicht.

O-Ton Saurabh Joshi (overvoice):

„Seitdem, seit acht bis zehn Monaten, ist es sehr ruhig geworden. Das letzte, was wir gehört haben, waren Unstimmigkeiten zwischen dem indischen Partner von Dassault, Hindustan Aeronautics HAL, und Dassault selbst. Dabei geht es um die Frage, zu welchen Bedingungen die HAL den Jet baut, und wie der Technologietransfer geregelt werden soll.“

Sagt Saurabh Joshi, Verteidigungsexperte beim indischen Fachblatt StratPost. Es scheint, dass das große Schachern um neue Kampfjets für Indien erneut los geht. Plötzlich wittert auch das Eurofighter-Konsortium mit der Münchener Firma Cassidian wieder eine Chance. Die politische Szene in Indien arbeitet an allen denkbaren Szenarien. Ganz konkreter Gesprächspartner derzeit ist Russland. Die indische Luftwaffe will einen neuen Kampfjet entwickeln, vergleichbar mit den amerikanischen Tarnkappenjets, gemeinsam mit russischen Firmen. Die Gespräche sind noch in einem frühen Stadium, schon macht sich Ärger breit über angeblich überzogene Preisforderungen aus Russland, und doch stellt sich vor diesem Hintergrund auch Saurabh Joshi eine Frage:

O-Ton Saurabh Joshi (overvoice):

„Inzwischen ist das, was wir in der Rafale-Ausschreibung verhandelt haben, schon ziemlich alt. Die Technologie hat sich weltweit weiter entwickelt. Indien will mit Russland einen eigenen Jet bauen. Und wenn Indien da 35 Milliarden Dollar investieren will, ist es dann überhaupt sinnvoll, noch auf den Rafale zu setzen?“

Fakt ist: Die indische Luftwaffe greift derzeit vor allem auf veraltete Kampfflugzeuge vom Typ MiG zurück. Ausgerüstet werden sie von der Hindustan Aeronautics, der HAL. In Indien müssen ausländische Investoren solche Joint Ventures eingehen, nicht nur im Verteidigungssektor – Indien will dadurch seine Importabhängigkeit verringern und im Falle von Rüstungsgeschäften die eigene Industrie stärken. Doch die HAL wird selbst in Indien von vielen Exper-

ten als eher zweifelhafter und vor allem überforderter Partner angesehen. Die MiGs wurden im Land schon als fliegende Särge verspottet. Auch Dassault meldete im vergangenen Sommer laut indischen Medien Bedenken an, dass HAL die Rafale-Maschinen nicht adäquat montieren und ausstatten kann. Ein Sprecher der Firma wollte das später aber nicht kommentieren. Worum es den indischen Partnern tatsächlich geht, das betont Kapil Kak, ein Veteran und früherer General der Luftwaffe:

O-Ton Kapil Kak (overvoice):

„Es geht um die Frage, welche Technologie wir benötigen, damit die Plattform, auf der wir bauen, ein indisches Design hat, der Bau der Jets in Indien stattfindet und alle Reparaturen durch uns gemacht werden können. Dieser Rafale-Deal, und der Tarnkappenjet, den wir mit den Russen bauen, werden die letzten großen Importe und Geschäfte mit anderen Ländern sein. Danach werden wir alles selbst bauen können.“

Deshalb geht Kapil Kak auch davon aus, dass das Rafale-Geschäft am Ende zu einer Einigung führen wird – und die Verzögerung durchaus nicht ungewöhnlich ist. Und weil Indien gerade neben China der bedeutendste Käufer von Waffensystemen sei, rechnet er damit, dass Indien mit Rafale einen sehr weitgehenden Transfer von Know-how vereinbaren wird – weitgehender, als es den Franzosen wohl lieb ist. Schließlich hat Indien die Auswahl zwischen mehreren Anbietern. Dennoch: Der Verteidigungsexperte Saurabh Joshi ist skeptisch, wenn er solche Aussagen hört:

O-Ton Saurabh Joshi (overvoice):

„Mein Gefühl sagt mir, dass – weil es überhaupt keine Informationen über Fortschritte gibt und aufgrund der Tatsache, dass das alles so lange dauert - es doch scheint, dass es immer noch nicht so etwas wie einen Durchbruch gibt. Und bei uns in Indien wird 2014 gewählt. Die Regierung scheint sich deswegen auch nicht gerade zu beeilen mit einer endgültigen Entscheidung.“

Auch Verteidigungsminister AK Antony machte Ende Oktober deutlich, dass es keine schnelle Einigung mit Dassault über die Rafale-Jets geben werde. Wir gehen streng nach unseren Regeln vor, sagte Antony, der jeden Korruptionsverdacht vermeiden möchte – Indien ist gerade im Rüstungssektor hierfür extrem anfällig. Dabei hat Dassault jedoch vor allem auch aus politischen Gründen in Indien gute Chancen, seinen Rafale-Jet zum ersten Mal überhaupt und vor allem schnell zu exportieren. Frankreich gilt neben Russland in Indien als ver-

lässlicher Rüstungspartner. Die USA zum Beispiel haben Neu-Delhi verärgert, weil sie in den 90er Jahren Sanktionen gegen Indien erlassen haben – nach einem Atomtest in der indischen Wüste. Dass die amerikanischen F-16 und F-18 auch deshalb nicht zum Zuge gekommen sind, gilt als ausgemacht. Und der Eurofighter? Immerhin liegt das Konsortium in den Vereinigten Arabischen Emiraten derzeit gut im Rennen. Dort hat die Regierung einen ähnlich großen Milliardendeal ausgeschrieben wie damals Indien. Experten wie Saurabh Joshi gehen jedoch im Falle Indiens davon aus, dass ein Konsortium aus vier Staaten mit vier verschiedenen außenpolitischen Ausrichtungen ein zu komplizierter Partner für Indien wäre. Was, wenn das Land einen Krieg gegen Pakistan führt? Greifen dann zum Beispiel deutsche oder spanische Exportbeschränkungen? Würde der Eurofighter dann dauerhaft einsetzbar sein? Oder kann die British Aerospace BAE als führender Partner diese Probleme auffangen? Alles unwägbar - auch deshalb sieht Militärfachmann Joshi die Chancen für den Eurofighter nicht unbedingt dramatisch gestiegen, seit das Rafale-Geschäft zu einer scheinbar unendlichen Geschichte geworden ist.

O-Ton Saurabh Joshi (overvoice):

„Also von der Technologie her wäre der Eurofighter optimal, sicher. Aber was ich aus verschiedenen Gesprächen heraus höre, vor dem Hintergrund der indischen Pläne für einen russisch-indischen Jet, und vor dem Hintergrund, dass sich die Technologien weiter entwickeln, glaube ich, dass es eine völlig neue Ausschreibung für alle geben wird.“

Doch auch das, damit rechnet Joshi, werde die indische Regierung vor den Wahlen im Frühjahr 2014 vermutlich nicht mehr entscheiden. So gibt es immer noch die dritte Möglichkeit für die indische Luftwaffe, die viele nicht in der Lage sehen, es mit den nicht gerade befreundeten Nachbarn China und Pakistan aufzunehmen. Derzeit rüstet Dassault Indiens Mirage 2000-Kampfflugzeuge nach, angeblich sollen sie bis 2030 einsetzbar sein. Und: Indien modernisiert seine MiG 29-Jets. Auch diese Flugzeuge wären dann variabel einsetzbar – und das vermutlich über viele Jahre. So würde die Einsatzbereitschaft von Teilen der indischen Luftwaffe vorerst gesichert.

O-Ton: Kapil Kak (overvoice):

„Trotzdem müssen wir dringend die ja weiterhin bestehende Lücke füllen.“

Sagt der frühere Luftwaffen-General Kapil Kak. Und während die Zeit drängt, bewegt sich Indien auf seinem Weg zu einer moderneren Luftwaffe weiter zwischen den verschiedenen Geschäftswelten: Der Bau der indisch-russischen Tarnkappenjets ist noch ferne Zukunft, konkret vereinbart ist lediglich ein gemeinsames Manöver im kommenden Winter. Und ob und wann die ersten Rafale-Jets kommen, bleibt offen. Selbst der Eurofighter GmbH scheint die derzeitige Lage zu ungewiss, um wieder aktiv zu werden in Indien. Wichtige Lobbyisten hat das Konsortium in diesem Herbst vorerst aus Neu-Delhi abgezogen.

* * *

Flocken:

Informationen von Jürgen Webermann.

Gipfeltreffen der Europäischen Union sind bereits seit langem Routine. Wenn allerdings in der kommenden Woche die Staats- und Regierungschefs in Brüssel zusammenkommen, dann ist das diesmal etwas Besonderes. Denn auf diesem EU-Gipfel soll es um die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik gehen. Ein Gebiet, auf dem es seit Jahren viele Versäumnisse und große Defizite gibt. Denn beim Thema Streitkräfte wird noch immer vor allem in nationalen Kategorien gedacht.

Hierüber habe ich Christian Mölling von der Stiftung Wissenschaft und Politik gesprochen. Zunächst habe Christian Mölling gefragt, ob ein solcher EU-Gipfel nicht viel zu spät kommt und längst überfällig ist:

Interview Andreas Flocken / Dr. Christian Mölling

Mölling: Ja, der Gipfel war lange überfällig. Der Gipfel bedeutet, dass sich die Staats- und Regierungschefs selbst einmal mit dem Thema Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa auseinandersetzen. Das hat es seit 5 Jahren schon nicht mehr gegeben, dass man auf der höchsten politischen Ebene sich über diese Fragen zumindest einmal unterhält und ein paar Beschlüsse fasst.

Flocken: Und welche Erwartungen haben Sie an den Gipfel?

Mölling: Meine persönlichen Erwartungen oder meine Erwartungen als Wissenschaftler sind mittlerweile relativ gering. Auch wenn wir viel dafür plädiert haben, dass bei diesem Gipfel wegweisende Entscheidungen getroffen werden, die Staats- und Regierungschefs sehen zwar auf der einen Seite ein, dass dringend große Entscheidungen getroffen werden müssen. Sie sind aber noch nicht richtig guten Mutes, diese Entscheidungen zu treffen. D.h. also, das, was bei dem Gipfel wahrscheinlich rauskommen wird, wird viel Kleinkram sein.

Flocken: Wo sind denn Ihrer Meinung nach die entscheidenden Defizite der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik? Können Sie da ein paar Beispiele nennen?

Mölling: Wir haben derzeit noch 1,5 Millionen Soldaten. Die Zahl sinkt rapide. Dass die Zahl sinkt, ist kein Problem. Das Problem ist, dass die Armeen mittlerweile nicht mehr all das haben, was sie eigentlich brauchen. Das könnte man regeln. Die Tatsache, dass nicht mehr jedes Land Kampfpanzer, Flugzeuge oder Fregatten hat, das ist ja erst mal kein Problem. Aber man müsste sich besser organisieren. Und das schaffen wir zurzeit in Europa noch nicht.

Flocken: Nun tagen die Außen- und Verteidigungsminister der EU ja schon seit Jahren immer wieder regelmäßig zusammen. Wir haben mit Catherine Ashton auch eine Hohe Beauftragte für die Außen- und Sicherheitspolitik. Aber warum können diese ganzen Personen nicht die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik entscheidend voranbringen?

Mölling: Es gibt zwei Gründe dafür: Das eine ist, dass die Außen- wie auch die Verteidigungsminister bislang nicht den Mut gehabt haben, ihren Bevölkerungen zu sagen: Liebe Leute, wir können eure Sicherheit nicht mehr alleine gewährleisten. Das tut uns leid, aber wir müssen das immer mit anderen zusammen machen, weil die Probleme, die wir haben, so groß sind oder auch von der Qualität her etwas sind, was nicht in unserem Land oder vor unserer Grenze stattfindet, sondern was weit, weit weg von uns stattfindet. Und deswegen müssen wir uns mit anderen zusammentun. Das ist der erste Punkt. Der zweite

Punkt ist, dass es um Entscheidungen geht, die nur Staats- und Regierungschefs treffen können. Beispiel: Wenn es darum geht, ein großes industriepolitisches Programm aufzulegen, dann kann das kein Verteidigungsminister allein entscheiden, sondern er muss das gemeinsam mit seinen Kollegen aus der Industrie, den Ökonomie- oder den Wirtschaftsministern und zum Teil auch mit den Finanzministern zusammen machen. Die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, das können nur Staats- und Regierungschefs.

Flocken: D.h. die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss eigentlich Chefsache werden?

Mölling: Sie muss und sie sollte Chefsache werden. Deswegen ist es gut, dass wir diesen Gipfel im Dezember haben. Er droht allerdings zurzeit, weil die Vorbereitung wieder von den Verteidigungs- und Außenministern gemacht wird, ein Rückschlag zu werden. Und die Rolle der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Frau Ashton, ist in diesem Zusammenhang auch nicht diejenige, die die Initiative ergreift und sagt, jetzt machen wir einen großen Schritt in Richtung mehr gemeinsamer Verteidigung in Europa.

Flocken: Sie befürchten einen Rückschlag auf dem EU-Gipfels – warum? Woran können Sie das festmachen?

Mölling: Es gibt ja schon lange Vorbereitungen. Der Gipfel ist seit einem Jahr in Vorbereitung. Man hat gesagt, man will diesen Gipfel zur Verteidigung haben. Dann ist erstmal lange Zeit lang gar nichts passiert, d.h., man hat also die Vorbereitung schleifen lassen und jetzt gibt es Schritt für Schritt Vorbereitungsberichte und aus denen kann man ja ablesen, was eigentlich die politischen Ambitionen der Europäer sind. Und die sind minimal. Da geht es ein bisschen um Verbesserung von Einsatzmechanismen, usw. usf. Viel bürokratischer Kleinkram, der zwar jeweils einzeln ein bisschen hilfreich ist, aber der der politischen Bedeutung auf der einen Seite und den Problemen, die wir haben, im Bereich der europäischen Verteidigung, überhaupt nicht gerecht wird.

Flocken: Welche konkreten Maßnahmen müsste es denn geben, um die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik voranzubringen?

Mölling: Ich glaube, es gibt zwei Bereiche von Maßnahmen, die man sich vorstellen kann. Das eine ist, dass die Europäer erstmal zu einer gemeinsamen Problemsicht kommen müssen. Wir sind im Jahr fünf der großen Defizite in den Verteidigungshaushalten. Wir haben aber bisher unter den Verteidigungsministern oder unter den Außenministern in Europa noch kein gemeinsames Verständnis, was denn eigentlich die Lage ist. Wie viel haben wir denn eigentlich zurzeit an Militärgerät auf dem Hof stehen? Wo haben wir zu wenig und wo haben wir zu viel? Man wundert sich immer darüber, aber diese Bestandsaufnahme, die eigentlich am Anfang aller Überlegungen stehen müsste, die gibt es nicht. Das wäre also der erste Schritt. Der zweite Schritt wäre, konkrete Dinge zu beschließen, wie zum Beispiel ein gemeinsames Technologieprogramm für Drohnen, die auch nach außen hin sichtbar werden. Wo sowohl die Industrie als auch die Bevölkerung sieht – da kommt etwas, da passiert was. Und wo man sagt: Ich kann mir vorstellen, was gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik für uns bedeutet.

Flocken: Sie fordern ein europäisches Drohnenprogramm, aber das kostet natürlich viel Geld.

Mölling: Das ist richtig. Ich sag mal, wenn man aus der sehr kostspieligen Tradition von Sicherheits- und Verteidigungspolitik zwischen den Mitgliedsstaaten herauskommen will, dass jeder noch alles hat, wenn man umsteuern will – dann wird man dafür Geld in die Hand nehmen müssen. Zurzeit ist die Prämisse, vor allen Dingen auch in Berlin, es gibt kein neues Geld.

Flocken: Und ohne Geld wird es keine vernünftige oder weitreichende, weit-sichtige europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik geben?

Mölling: Ganz genau. Die wird es nicht geben. Das bedeutet nicht, dass wir insgesamt Unmengen mehr an Geld in die Hand nehmen müssen. Wir haben andere Bereiche, in denen wir viel, viel Geld sparen können. Wir haben immer

noch 35.000 gepanzerte Fahrzeuge in Europa. Davon sind mindestens ein Drittel so alt, dass man sie gar nicht mehr benutzen kann. Die Frage ist, warum haben wir diese Situation überhaupt noch? Warum ändern wir das nicht umgehend und nehmen das dadurch frei werdende Geld und stecken es in neue Projekte, die dann zwar zu kleineren Armeen führen, die aber moderne Armeen sind.

Flocken: Warum wird denn das Geld nicht in neue Projekte gesteckt und immer noch in alte Systeme?

Mölling: Weil dummerweise heute noch jeder Staat von Malta bis Frankreich, der Ansicht ist, er müsste eigentlich alles haben. Er hat zwar schon lange nicht mehr alles parat, nicht mehr alle Schiffe, nicht mehr alle Soldaten usw., aber es ist ein Mythos und eine Illusion, die die Außen- und vor allem die Verteidigungsminister für sich weiterhin aufrecht erhalten wollen. Sie wollen sagen, wir können souverän entscheiden. Das ist die Idee dabei. Man kann aber nicht mehr allein ein Problem lösen. Wie zum Beispiel Frankreich in Mali. Frankreichs Operation in Mali wäre ohne die Unterstützung der sonstigen Europäer nicht möglich gewesen.

Flocken: Die EU hält ja seit Jahren jeweils zwei multinationale Gefechtsverbände in Bereitschaft, die sogenannten EU-Battlegroups. Das sind Verbände von jeweils rund 1.500 Soldaten. Sie sind bisher aber noch nie eingesetzt worden, auch nicht in der Mali-Krise. Deutschland will das nun ändern, indem man einen Verband zu einem Ausbildungsverband umstrukturiert. Um beispielsweise malische Soldaten auszubilden. Sind denn diese reformierten Battlegroups ein mögliches wirksames Instrument für die gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik?

Mölling: Nein. Die europäischen Battlegroups sind eigentlich eine Theorie. Sie sind bisher nicht eingesetzt worden, aber sie sind immer weiter und weiter ausbuchstabiert worden. Sie sind im Grunde genommen ein praktischer Elfenbeinturm, den sich die Verteidigungsminister da geschaffen haben. Zweitens muss man sehen – hier geht es um gerade einmal 1.500 Mann. Der Umfang der eu-

ropäischen Streitkräfte beträgt aber insgesamt 1,5 Millionen. D.h., sie drehen hier im Promillebereich. Das ist Fine-Tuning, nicht das Angehen der Strukturprobleme, die die europäische Verteidigung zum jetzigen Zeitpunkt hat. Und drittens – der Fall, auf den sich diese Battlegroups jetzt vorbereiten sollen, nämlich eine Ausbildungsmission, die quasi am Freitagnachmittag beschlossen wird und am Montagmorgen ins Feld zieht, diesen Fall hat es in Jahrtausenden von Kriegsgeschichte bisher noch nicht gegeben. D.h. also, wir werden beim Angehen der Probleme in Europa immer theoretischer, anstatt uns wirklich mit den praktischen Fragen auseinanderzusetzen. Mit der Frage, wie bauen wir effektivere Streitkräfte auf, die lange nicht mehr so groß sein müssen, wie sie jetzt sind. Diese Fragen gehen wir zurzeit noch viel zu theoretisch an.

Flocken: Die EU hat bereits seit 10 Jahren eine europäische Sicherheitsstrategie, sie ist 2003 formuliert worden. Jetzt ist aber auch zu hören, dass die EU eine neue Sicherheitsstrategie brauche. Was soll da anders werden?

Mölling: Die Hoffnung, die sich damit verbindet, eine neue Sicherheitsstrategie zu schreiben, ist, dass über den Prozess des Schreibens die Europäer näher zueinander kommen. Auch das ist blanke Theorie. Ich würde sagen, das wird nicht funktionieren. Der zweite Punkt ist: Strategie an sich ist wunderschön, Strategie gibt es aber nur dann, wenn es eine Implementierung gibt. Wir haben eine alte Sicherheitsstrategie, die nicht implementiert worden ist, die also keine Strategie ist, sondern nur ein Stück Papier ist. Und der dritte Punkt ist: Jede Form von „Wir verständigen uns, mal darüber, nachzudenken, was wir in Zukunft machen wollen“ erlaubt den europäischen Verteidigungsministern und auch den Regierungen vor der Realität des Hier und Jetzt zu flüchten. Auf einmal kann man wieder darüber reden, wie schön Europa sein könnte, wenn wir alles besser machen würden. Die Probleme, die wir haben, liegen aber im Hier und Jetzt. Und deswegen bin ich dafür, keine Sicherheitsstrategie zu schreiben, sondern als erstes einmal aufzuschreiben: Was hat Europa heute denn bereits? Und was können wir damit erreichen? Ich glaube, wir werden überrascht sein, was wir dann herausfinden werden, wie viel wir eigentlich noch können.

Flocken: Was würden wir denn herausfinden? Was meinen Sie?

Mölling: Wir würden zum Beispiel herausfinden, dass wir zurzeit in Europa zweihundert hochmoderne Kampfhubschrauber haben und wenn alles so weitergeht wie bestellt, werden wir in zehn Jahren vierhundert moderne Kampfhubschrauber haben. Das ist erstmal eine Zahl, wo man sagen muss: So einen großen Schrumpfungsprozess, wie oftmals behauptet, haben wir in Europa in bestimmten Bereichen nicht. Zweitens kann man diese Kampfhubschrauber zum Teil für die Aufgaben verwenden, für die wir zurzeit Drohnen einsetzen wollen. Das heißt, hier ergeben sich auf einmal – wenn man anfängt, durchzuzählen und aufzulisten, was wir in Europa eigentlich haben – ganz neue Möglichkeiten mit Blick auf die Frage „Wie organisieren wir uns eigentlich und was müssen wir eigentlich Neues kaufen?“. Bestimmte Sachen müssen wir gar nicht kaufen. Davon haben wir immer noch genug und wir kriegen mehr davon.

Flocken: Das heißt, Sie meinen, dass man mit den Hubschraubern, die man jetzt bestellt hat, künftig Drohnen ersetzen könnte?

Mölling: Zu einem bestimmten Teil kann man mit den Hubschraubern, die man in den nächsten Jahren anschaffen möchte, Drohnen ersetzen. Das gilt nicht, wenn Sie über lange Strecken hinweg aufklären müssen. Es bedeutet aber insbesondere für den Einsatz sogenannter Kampfdrohnen, also wenn es darum geht, relativ nah bei den Streitkräften Feuerunterstützung zu leisten, dass man dies natürlich auch mit Kampfhubschraubern machen kann. Die haben sogar einige Vorteile in dem Zusammenhang. Wichtig ist aber vor allem, dass man die Frage stellen kann. Wenn man sich aufgeschrieben hat „Was haben wir denn alles?“. Dann kann man sagen „Wie können wir das denn eigentlich einsetzen?“. Ich will Ihnen ein anderes Beispiel nennen. Wir haben in Europa ungefähr dreitausend Transporthubschrauber. Ich würde mir wünschen, dass die Staats- und Regierungschefs diese Zahl zur Kenntnis nehmen und ihre Verteidigungsminister fragen: „Warum haben wir dreitausend Hubschrauber und leihen uns in Afghanistan von privaten Anbietern zusätzliche Hubschrauber?“ Wie kann das sein? Warum gebe ich das Steuergeld meiner Bürger dafür aus, auf

der einen Seite in Deutschland Hubschrauber stehen zu haben und auf der anderen Seite mir Hubschrauber für Afghanistan leihen zu müssen?

Flocken: Warum stehen denn die Hubschrauber in Deutschland? Offiziell heißt es ja immer, dass es einen Mangel an Hubschraubern, vor allem an Transporthubschraubern, gebe.

Mölling: Das ist ja offensichtlich nicht der Fall, wenn ich dreitausend Hubschrauber in Europa habe. Das hat etwas damit zu tun, dass die Staaten untereinander sich nicht grün sind, wer wie viel wofür ausgeben soll und wer welchen Anteil zahlt. Viele Staaten sagen, dass sie schon genug von alledem zahlen. Das heißt, da geht das Feilschen um jeden Cent los. Gleichzeitig geben wir halt unheimlich viel Geld dafür aus, diese Sachen auf dem freien Markt zu beschaffen. Das kann man ja machen. Wenn wir der Ansicht sind, es ist günstiger und effektiver, Hubschrauber auf dem freien Markt zu beschaffen, dann sollen wir das tun. Dann brauchen wir aber diese dreitausend Hubschrauber in Europa nicht mehr. Dann können wir doch die nationalen Hubschrauberverbände abschaffen, wenn wir sie sowieso nicht einsetzen.

Flocken: Angesichts der Sparzwänge bei den Streitkräften ist viel von einer Arbeitsteilung bei den Militärs die Rede. Pooling und Sharing ist ja oft das Stichwort, das hier dann fällt. Die Vorstellung ist, dass ein Land auf bestimmte militärische Fähigkeiten verzichtet, zum Beispiel auf das Verlegen von Seeminen, weil andere EU-Streitkräfte diese Fähigkeit haben. Wäre das nicht in Zukunft ein effektiver Beitrag, um die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik voranzubringen? Gibt es bereits solche Beispiele?

Mölling: Ja, es gibt solche Beispiele. Es gibt solche Beispiele vor allem in den Auslandseinsätzen. Europa geht seit zwanzig Jahren nur noch gemeinsam in den Einsatz, weil wir gar nicht mehr einzeln die Bandbreite an soldatischen Fähigkeiten vorhalten können, die man braucht. Das heißt, es hat nicht mehr jedes Land Pioniere, es hat nicht mehr jedes Land Spezialisten für das Sprengen von Munition, die vor Ort irgendwo liegen geblieben ist. Das muss man auch nicht haben, wenn man sich anständig organisiert, wie wir das seit zwanzig

Jahren in den Auslandseinsätzen machen - Ad hoc. Das funktioniert wunderbar, denn wir sind immer noch die bestorganisierte Streitmacht in der Welt. Das Problem ist, wenn es nach Hause geht. Dort, wo wir eigentlich die Vorbereitungen treffen könnten für eine sinnvolle, gute Organisation der Streitkräfte, die wir später einsetzen wollen. Doch zu Hause funktioniert das nicht. Da wollen wir auf einmal wieder alles national organisieren und das ist das große Problem. Der einzige Grund, warum diese nationale Organisation zu Hause manchmal aufgegeben wird, ist, wenn einem Land die Gefahr droht, eine bestimmte militärische Fähigkeit zu verlieren. So ist das zum Beispiel zwischen Schweden und Norwegen gewesen. Wenn sich diese Länder nicht zusammengetan hätten, hätten sie heute gar keine Artillerieverbände mehr. Das heißt also: Nur angesichts des kompletten Verlustes bestimmter militärischer Fähigkeiten sind die Staaten bereit, Kompromisse zu machen. Aber diese gehen nicht allzu weit.

Flocken: Was heißt das beispielsweise konkret für die Bundeswehr? Könnte die Bundeswehr nicht auch auf bestimmte militärische Fähigkeiten verzichten, in der Erwartung, dass diese dann von anderen Staaten, von Bündnispartnern, gestellt werden?

Mölling: In der Tat, die Bundeswehr könnte auf bestimmte Fähigkeiten verzichten...

Flocken: Zum Beispiel?

Mölling: Wir brauchen längst nicht mehr so viele Kampfflugzeuge wie wir zurzeit haben und wie wir sie immer noch beschaffen. Da könnten wir sicherlich abrüsten und deutlich weniger wären ausreichend, wenn wir bereit sind, uns in Europa auf andere zu verlassen. Wir könnten zum Beispiel sagen, dass die Luftverteidigung in Europa eine alltägliche Friedensaufgabe ist. Die Luftstreitkräfte Europas patrouillieren jeden Tag im europäischen Luftraum. Dafür brauchen wir keine zweitausend Kampfflugzeuge in Europa. Das schaffen wir locker mit der Hälfte. Wir müssten einfach nur bereit sein, zu sagen: „Wir machen das nicht mehr, wir verlassen uns hier auf andere.“

Flocken: Aber warum wird das nicht gemacht? Warum verlässt man sich nicht auf die Partner?

Mölling: Man verlässt sich nicht auf die Partner, weil man behauptet, dass man von ihnen nicht abhängig werden möchte. Das heißt, wir bezahlen teuer für die Idee der Unabhängigkeit von unseren Partnern. Man hat Angst, im Einsatz alleine gelassen zu werden. Oder aber man hat Angst, dass man auf einmal alle Aufgaben schultern muss, also dass Deutschland alle Aufgaben schultern muss und die anderen quasi Trittbrettfahrer würden. Das sind meiner Meinung nach vorgeschobene Gründe. Denn all diese Probleme haben wir erstens in den bisherigen Einsätzen nicht gesehen und zweitens haben wir gar keine andere Wahl mehr, weil wir sowohl militärisch als auch politisch schon jetzt in erheblichem Maße von unseren Partnern abhängig sind.

* * *

Flocken:

Christian Mölling von der Stiftung Wissenschaft und Politik, zum anstehenden EU-Gipfel zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Eine Langfassung des Interviews finden Sie auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien, unter ndr.de/info.

Das war's für heute.

Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen: ebenfalls unter ndr.de/info. Dort können Sie auch den Newsletter der Sendereihe Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das aktuelle Manuskript der Sendung kostenlos per E-Mail zu. Am Mikrofon verabschiedet sich Andreas Flocken.